

SCHADENBEISPIELE FÜR ERMITTLUNGSVERFAHREN (SRB 115)

30/60300/10

VN ist angestellte Krankenschwester der Wiener Hauskrankenpflege und war es im Rahmen eines Klientenbesuches zu einer Auseinandersetzung mit einer Hausbewohnerin gekommen. Nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens kam es zu einem Strafantrag und einer Hauptverhandlung, in der die VN freigesprochen wurde.

An Rechtsanwaltskosten sind insgesamt € 2.337,44 aufgelaufen.

30/60029/10

Verdacht des gewerbsmäßigen Diebstahls im Rahmen einer kriminellen Vereinigung. Sachverhalt: die minderjährige Tochter des VN wurde beim Ladendiebstahl erwischt. Im Zuge des Ermittlungsverfahrens ist der Staatsanwalt von der Verfolgung zurückgetreten und muss die Tochter gemeinnützige Leistungen im Ausmaß von 80 Stunden erbringen.

An Kosten sind € 2.279,82 aufgelaufen.

30/40223/10

Verdacht des Missbrauchs der Amtsgewalt (§ 302 StGB)

Dem VN wurde als Beamten die Erledigung von 275 Versandscheinen ohne Anwesenheit der Ware vorgeworfen.

Es kam zu einer Beschuldigtenvernehmung vor dem Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung und wurde er vor einem D.A.S. – Rechtsanwalt dazu begleitet.

Zu weiteren Erhebungen im Ermittlungsverfahren war es nicht gekommen.

An Kosten waren € 327,36 aufgelaufen.

30/40162/10

Verdacht der Urkundenfälschung und falsche Zeugenaussage

Dem VN wurde vorgeworfen, im Zuge einer Darlehensvergabe durch einen Bankangestellten eine gefälschte Schuldbestätigung ausgestellt zu haben, ferner im Strafprozess gegen den Bankbeamten wegen Untreue eine falsche Zeugenaussage gemacht zu haben. Weiters auch, eine gefährliche Drohung gegenüber weiteren Beteiligten ausgesprochen zu haben.

Nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens war es zu einem Strafantrag und zu einer Hauptverhandlung gekommen, in dem der VN vom Vorwurf der Urkundenfälschung und falscher Zeugenaussage freigesprochen worden war, jedoch wegen dem Vorwurf der gefährlichen Drohung verurteilt worden ist.

An Kosten sind aufgelaufen: € 2.692,80

30/60439/11

Verdacht der gefährlichen Drohung

Nach dem Ermittlungsverfahren wurde das Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

An Kosten sind € 573,- aufgelaufen.

30/70802/10

Verdacht der schweren Körperverletzung

Der VN hatte eine Auseinandersetzung mit einem weiteren Verkehrsteilnehmer gehabt, der sich vor sein Fahrzeug gestellt hatte und dieses mit Fußritten beschädigt. Das Ermittlungsverfahren wurde ohne Strafantrag eingestellt.

An Kosten sind € 348,- aufgelaufen.

30/70835/10

Verdacht der gefährlichen Drohung bzw. Nötigung

Dem VN wurde vorgeworfen mehrere Personen zum Verlassen seines Modegeschäftes genötigt zu haben, in dem er eine Gaspistole gegen sie richtete und sagte, dass er sie nie wieder sehen wolle.

Im Zuge des Ermittlungsverfahrens ist es zu einer Hausdurchsuchung und Beschlagnahme der Waffe gekommen. Der VN wurde im Strafverfahren freigesprochen.

Da der Versicherungsnehmer die SRB 115 nicht abgeschlossen hatte, konnten wir keine Kosten des Ermittlungsverfahrens übernehmen, die Kosten des Strafverfahrens lagen unter dem Mindestselbstbehalt.

38/50013/11

Verdacht des schweren Betrugs

Gegen den VN wurde Anzeige erstatten mit dem Vorwurf, dass es Unregelmäßigkeiten bei der Vermittlung eines Darlehens gegeben hätte.

Das Ermittlungsverfahren läuft noch.

30/70526/10

Verdacht der Abgabenhinterziehung gem. § 33 FinStG

Dem Geschäftsführer der Firma, in dem der VN angestellt ist, wurde vorgeworfen im Rahmen von Projekten des BMF überhöhte Abrechnungen vorgelegt, Scheinabrechnungen durchgeführt sowie illegale „Kickbackzahlungen“ in bar und ohne Aufnahme in die Bücher angenommen zu haben. Auf diversen Belegen wurde auch der Name der VN vorgefunden.

Das Ermittlungsverfahren gegen unsere Versicherungsnehmerin wurde eingestellt.

Da die VN einen Vertrag mit ARB 1977 versichert hatte und darin die SRB 115 nicht enthalten war, konnten die im Ermittlungsverfahren aufgelaufenen Kosten von € 2.997,07 nicht übernommen werden.

30/10435/10

Verdacht der falschen Zeugenaussage in einem Gerichtsverfahren

Im Zuge eines Verfahrens vor dem BG betreffend Benutzungssituation einer aufgekündigten Wohnung war die VN als Zeugin geladen und hat dort angeblich falsche Aussagen betreffend dieser Benutzungssituation gemacht.

Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.

Die Kosten von € 401,77 konnten wegen Vorvertraglichkeit nicht von uns übernommen werden.

30/40493/12

Verdacht des Betrugs

Unserer VN wurde vorgeworfen, bei einem Verkauf über willhaben.at den Käufer betrogen zu haben.

Im Zuge des Ermittlungsverfahrens wurde festgestellt, dass die Lieferung ordnungsgemäß an den Käufer erfolgt ist. Das Verfahren wurde daher eingestellt.

An Kosten im Ermittlungsverfahren sind aufgelaufen: € 534,96

38/30114/12

Verdacht der grob fahrlässigen Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen, Betrug

Den beiden Geschäftsführern der versicherten GmbH wurde vorgeworfen, von Beginn eines Mietverhältnisses an nicht beabsichtigt zu haben, tatsächlich Miete zu zahlen.

Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.

Wir haben Kosten in der Höhe von € 1.505,45 übernommen.

30/60093/12

Verdacht der vorsätzlichen Körperverletzung

Einem Mitarbeiter unseres Versicherungsnehmers (Türsteher) wird vorgeworfen, einen Kunden des Lokals des VN verletzt zu haben.

Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.

Wir haben Kosten in der Höhe von € 3.811,11 übernommen.